

## 1. Verpflichtung zur Zahlung bestimmter Mindeststundenentgelte

- 1.1. Der\*die Auftragnehmer\*in verpflichtet sich, ihren\*seinen für den Auftrag eingesetzten Arbeitnehmer\*innen während der Ausführung dieses Auftrags die folgend benannten Mindeststundenentgelte zu zahlen:
  - 1.1.1. Es sind bei der Ausführung wenigstens diejenigen Entlohnungsregelungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die nach dem Mindestlohngesetz, einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag oder einer nach § 7, § 7a oder § 11 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes oder einer nach § 3a des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden.
  - 1.1.2. Unabhängig vom Sitz des Betriebes und vom Ort der Erbringung der Arbeitsleistung mindestens die Entlohnung (einschließlich der Überstundensätze) nach den Regelungen des Tarifvertrags, der im Land Berlin auf das entsprechende Gewerbe anwendbar ist; im Einzelnen werden die in der Anlage zu diesen Vertragsbedingungen aufgeführten Entlohnungsregelungen der beigefügten „Tarifbroschüre(n) zum tariftreuepflichtigen Entgelt“ vereinbart,
  - 1.1.3. Mindestens das Mindestentgelt je Zeitzunde in Höhe von 13,69 Euro brutto; ausgenommen sind Auszubildende.
- 1.2. Treffen den\*die Auftragnehmer\*in mehr als nur eine dieser Verpflichtungen nach 1.1.1, 1.1.2 und 1.1.3, so ist die für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer jeweils günstigste Regelung maßgeblich.

## 2. Übertragung der Verpflichtung auf die eingesetzte Unterauftragnehmerkette

- 2.1. Der\*die Auftragnehmer\*in verpflichtet sich, ihre\*seine Unterauftragnehmer\*in und/oder Verleiher\*in von Arbeitskräften zur Einhaltung der Verpflichtung nach der vorstehenden Nr. 1 zu verpflichten.
- 2.2. Der\*die Auftragnehmer\*in verpflichtet sich, ihre\*seine Unterauftragnehmer\*in und/oder Verleiher\*in von Arbeitskräften zu verpflichten, mit etwaigen Unterauftragnehmer\*innen eine Vereinbarung nach 2.1 zu treffen, so dass die Einhaltung der Vorgaben für die gesamte Unterauftragnehmerkette sichergestellt ist.
- 2.3. Ein\*e Unterauftragnehmer\*in und/oder Verleiher\*in von Arbeitskräften ist zur Einhaltung der Vereinbarungen nicht zu verpflichten, wenn
  - 2.3.1. der betreffende Unterauftrag vergaberechtsfrei ist im Sinne der §§ 107, 109, 116, 117, 137, 140 sowie 145 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen,
  - 2.3.2. der\*die Auftragnehmer\*in bzw. der\*die weitervergebende Unterauftragnehmer\*in die Vertragsbedingungen der\*des Unterauftragnehmer\*in anerkennen muss, um die Leistung erfüllen zu können,
  - 2.3.3. der betreffende Unterauftrag im Fall einer Liefer- oder Dienstleistung den Wert von 10.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) oder im Fall einer Bauleistung den Wert von 50.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) unterschreitet.
- 2.4. Der\*die Auftragnehmer\*in hat über die Übertragung der Verpflichtung nach 2.1 und 2.2 bzw. über das Vorliegen einer Ausnahme nach 2.3 auf Anforderung einen Nachweis zu erbringen.
- 2.5. Verstößt ein\*e Unterauftragnehmer\*in oder Verleiher\*in von Arbeitskräften der\*des Auftragnehmer\*in gegen seine nach 2.1 und 2.2 vereinbarten Verpflichtungen nach 1, so werden diese dem\*der Auftragnehmer\*in zugerechnet.

### **Hinweis:**

Die Vertragsbedingungen über Sanktionsmöglichkeiten im Falle eines Verstoßes ergeben sich aus Teil B.